

Renate Gebhard

Abgeordnete der SVP zum Römischen Parlament



Von Frau zu Frau: politische Kurzmeldungen aus Rom – und mehr...

März 2017

Liebe Frauen,

beim Verfassungsreferendum im Dezember 2016 haben die Südtirolerinnen und Südtiroler ein sehr klares Bekenntnis zu unserer Schutzklausel und zur Weiterentwicklung der Autonomie abgelegt. Vorab an dieser Stelle deshalb nochmals ein großes Danke für euer Vertrauen in die politische Arbeit der SVP in Rom!

Zumal das Referendum auf gesamtstaatlicher Ebene jedoch gescheitert ist, sind turbulent, schwierig und heikel wohl einmal mehr jene drei Eigenschaftswörter, welche die aktuelle politische Situation in Rom am treffendsten beschreiben. Wenngleich es nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Matteo Renzi gelungen ist, mit Paolo Gentiloni in Rekordzeit eine neue Regierung auf die Beine zu stellen, so kommen nun – wenn auch etwas zeitverzögert – auf Italien eine Reihe der vorhergesagten Schwierigkeiten zu:

Die politisch instabile Situation und das Fortdauern der Amtsperiode hängen derzeit einmal mehr von den Entwicklungen im Partito Democratico ab.

Zudem ist der Spread angestiegen: In der Folge steigt die Zinsbelastung und Italien geht mit schlechteren Karten in die Stabilitätspakt-Verhandlungen mit Brüssel. Die Einnahmen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung werden kaum reichen, um bis Ende April die von der EU verlangten 3, 4 Milliarden Euro zur Defizitdeckung aufzubringen. Wenn nicht andere Einnahmen bzw. Einsparungsmöglichkeiten bei den Ausgaben gefunden werden, steigt leider das Risiko für die Anhebung von Steuern und Akzisen auf Tabakwaren und Treibstoff.

Nicht zuletzt gilt es, konstruktiv an einem neuen Wahlgesetz zu arbeiten: Wie der Verfassungsgerichtshof sein richtungsweisendes Urteil begründet, ist ein homogenes System notwendig, um in Kammer und Senat nicht zwei unterschiedliche Mehrheiten zu riskieren. Denn dies würde die Unregierbarkeit in Italien und somit einen völlig politischen Stillstand bedeuten – und das Risiko so zu enden wie Spanien wäre groß.

Es wird also auch in den nächsten Wochen und Monaten aus Rom vieles zu berichten geben...und ich halte euch mit meinem Newsletter gerne auf dem Laufenden.

Herzlichst,
Renate Gebhard

Gesetzesentwurf zur Regelung der Prostitution

In der Abgeordnetenversammlung des Römischen Parlaments liegt derzeit ein Gesetzesentwurf (3890) zur Neuordnung der Prostitution vor. Die derzeitige gesetzliche Regelung, die sog. „*Legge Merlin*“ (75/1958) verbietet die Prostitution nicht grundsätzlich (insofern ist sie schon legal). Vielmehr bestraft sie diejenigen, die sich an der Prostitution bereichern. Eine Legalisierung der Prostitution (bzw. das was landläufig damit gemeint ist, nämlich die Eröffnung von Freudenhäusern und die Anerkennung als Beruf mit Steuerpflicht, würde das Grundproblem – Straßenstrich, Ausbeutung von Frauen und Menschenhandel – nicht lösen. Das sage nicht nur ich, sondern das zeigen die Erfahrungen anderer Länder, wie z.B. Deutschland, wo die Prostitution anderen Erwerbstätigkeiten gleichgestellt ist, aber deshalb die Zwangsprostitution und das Geschäft mit den Frauen dennoch nicht eingedämmt werden konnte.

Deshalb zielt der von mir mitunterzeichnete Gesetzesentwurf Nr. 3890 auf eine stärkere Bestrafung der Freier ab. Er sieht die Einführung von Strafen von 2.500€ bis 10.000€ für Personen vor, welche sich an der Prostitution bereichern – sowohl an öffentlichen als auch privaten Orten. Bei Wiederholungstätern ist zusätzlich zur Geldstrafe eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr vorgesehen.

Die stärkere Bestrafung der Freier hat zum Ziel, dass das illegale Geschäft mit den Frauen uninteressanter wird und somit die Prostitution zumindest teilweise bekämpft werden kann. Dass dieser Ansatz zur Bekämpfung der Prostitution sehr effektiv ist, beweisen die Erfahrungen anderer europäischer Staaten (z.B. Schweden, Norwegen, Island, Nordirland, Frankreich), welches das sog. nordische Modell ,d.h. die Prostitution als Straftat bereits mit Erfolg eingeführt haben. In diesen Ländern ist die Zahl der sich prostituierenden Frauen stark zurückgegangen.

Am 19. Januar fand zu diesem Thema eine Tagung in der Abgeordnetenversammlung statt, wo VertreterInnen verschiedenster Organisationen und auch Betroffene selbst über die Gesetzeslage und Erfahrungen in deren Länder aber auch über Sensibilisierungskampagnen und Initiativen, welche auf die Bekämpfung der Prostitution abzielen, berichtet haben.

Passend zum Thema ein Lesetipp/Surftipp: 18 Mythen über die Prostitution

Link:http://www.solwodi.de/fileadmin/_medias/pdf/Aktion_Schluss-Strich/18_Mythen_ueber_Prostitution.pdf



Die Leihmutterschaft in Italien – Politische Bestrebungen

Das Thema Leihmutterschaft ist in Italien (und darüber hinaus) ein heikles Thema. Im Parlament wurde es im Zuge der Diskussion des Gesetzes zur Eintragung eheähnlicher Partnerschaften für homosexuelle Paare (verabschiedet im Mai 2016) und der damit verbundenen *stepchild adoption* wieder stark diskutiert.

Die Leihmutterschaft ist in Italien zwar grundsätzlich verboten, kann aber überlistet werden, indem sie im Ausland ausgeführt wird. Es gibt im Römischen Parlament mehrere Gesetzesvorschläge und Anträge, welche großteils darauf abzielen, ein Totalverbot für diese Praktik einzuführen und damit die Grauzonen, welche es bis jetzt unter Umständen gegeben hat, endgültig zu regeln.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) geht mit seinem Urteil vom 24. Januar in dieselbe Richtung. Nach langem Hin und Her zwischen einem italienischen Paar (welches in Russland einen Leihmutterschaftsvertrag abgeschlossen hat und anschließend einen Antrag auf Anerkennung des Kindes in Italien gestellt hat) und den italienischen Behörden, welche dies verweigert haben, gab der EGMR den letzteren Recht mit der Begründung, da zwischen Eltern & Kind keine biologische Verbindung vorliegt und Italien nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hat. Zudem hat der Staat versucht, Kinder vor illegalen Praktiken (wie z.B. Menschenhandel) zu schützen.

Etwas anders die Entscheidung des Trientner Oberlandesgerichtes vom 28.02.2017: es hat einem homosexuellen Paar die Elternschaft für Zwillinge zugestanden, welche von einer Leihmutter in Kanada ausgetragen wurden. Das Gericht hat die Geburtsurkunde der kanadischen Behörden anerkannt, mit der Begründung, dass Elternschaft nicht nur im biologischen Sinn betrachtet werden darf.

Die Leihmutterschaft ist vor allem in erbrechtlicher und namensrechtlicher Hinsicht mit vielen juristischen Fragen verbunden. Dies zeigen auch die viele Rechtsstreitigkeiten in Ländern wie z.B. den USA auf, in welchen die Leihmutterschaft zulässig ist.

Grundsätzlich sollte für alle der Schutz der Rechte der Kinder im Mittelpunkt stehen, egal welche Position man dazu einnimmt. Und wenn man sich dazu entschließt, die Materie zu regeln, dann ganzheitlich und allumfassend und nicht als Anhängsel bei anderen Thematiken, denn dazu ist die Materie zu delikat und zu heikel.

Frauen

Förderpreis für Diplom- und Dissertationsarbeiten im Themenbereich „Gegen Gewalt an Frauen & häusliche Gewalt“

Ich bin Mitglied des Organisationskomitees für den Förderpreis für Diplom- und Dissertationsarbeiten im Themenbereich „Gegen Gewalt an Frauen & häusliche Gewalt“ und freue mich mitteilen zu können, dass dieser auch für das Jahr 2017 ausgeschrieben wird. Der Förderpreis ist mit einer Fortbildung im Europarat und einem Stipendium von 5000€ dotiert.

Für weitere Infos & Voraussetzungen: www.camera.it oder
E-Mail an folgende Adresse: gebhard_r@camera.it

Im Bild mit K.Abg. Michele Nicoletti, Präsident der italienischen
Delegation im Europarat & Mitbegründer dieses Förderpreises



Zu Besuch bei...

Treffen mit Valeria Fedeli, Ministerin für Unterricht, Universitäten und Forschung



Am 15. Februar fand ein Treffen mit der neuen Ministerin für Unterricht, Universitäten und Forschung statt. Bei diesem Treffen wurden mehrere Punkte beleuchtet. Der Fokus lag auf den Durchführungsdekreten der staatlichen Bildungsreform (sog. „Buona scuola“), welche derzeit den zuständigen Kommissionen des Parlaments vorliegen und behandelt werden. Das Gespräch verlief positiv und die Eigenheiten des Schulmodells in Südtirol konnten der neuen

Ministerin dargelegt werden. Am Treffen nahmen auch Landesrat Achammer, Schulamtsleiter Peter Höllrigl und Senator Hans Berger teil.

Neujahrsempfang der Frauen im LVH



Am 20. Januar fand in Bozen der jährliche Neujahrsempfang der Frauen im LVH unter dem Motto „**Pilotin und Co-Pilotin - abgesichert motiviert glücklich**“ statt. Der Fokus dieser Veranstaltung, bei dem ich auch einige Grußworte an die engagierten Frauen richten durfte, lag auf der Stärkung der Rolle weiblicher Unternehmerinnen.

Es war ein sehr interessanter Abend, bei dem ich wiederum viele engagierte Frauen treffen konnte – Frauen, die sich in der Vielfalt unserer Berufswelt u.a. für männerdominierte Berufe entschieden haben und sehr erfolgreich ihre Frau/ihren Mann stellen.

Pressekonferenz „Una Stanza Tutta Per Lei“



Am 1. März fand die Vorstellung der Theaterreihe „Una Stanza Tutta Per Lei“ statt. Bei dieser Reihe werden vom 9. März bis 14. Mai 2017 in Rom verschiedene Theaterstücke aufgeführt, welche den Fokus auf die Frau im dritten Millennium und auf die Rolle, die ihr zugeschrieben wird, legen.

Wie stellen wir uns die Frau im dritten Millennium vor? Wie wird sie sein? Die unterschiedlichen Theaterstücke sollen mögliche Antworten darauf geben.

Die einzelnen Aufführungen findet ihr unter folgendem Link:

<http://www.bistremila.it/unastanzatuttaperlei/index.html>



Surftipps, Filmtipps

Berufstätige Mütter: Gut ist gut genug!

Ein pointierter Artikel darüber, welche Anforderungen berufstätige Mütter an sich selbst stellen, die Erwartungshaltung der Gesellschaft und der Fakt, dass es oft nicht die Vereinbarkeit ist, sondern die Ansprüche an sich selbst, an denen die Frauen scheitern..

Hier der Link : http://www.zeit.de/2017/02/berufstaetige-muetter-job-familie-erziehung-feminismus?wt_zmc=sm.ext.zonaudev.facebook.ref.zeitde.share_small.link.x&utm_medium=sm&utm_source=facebook_zonaudev_ext&utm_campaign=ref&utm_content=zeitde_share_small_link_x

Mehr als die Hälfte der deutschen Frauen fühlt sich in der Öffentlichkeit unsicherer

Diese repräsentative Umfrage, die Anfang Januar durchgeführt wurde, zeigt, wie sich die Ängste und das Verhalten der Frauen in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren – auch aufgrund diverser Übergriffe- verändert haben.

http://www.focus.de/politik/deutschland/repraesentative-umfrage-58-prozent-der-deutschen-frauen-fuehlen-sich-in-der-oeffentlichkeit-unsicherer-als-frueher_id_6461728.html

Impressum

Herausgeberin:
Abg. Renate Gebhard

Büro:
Palazzo Montecitorio
Via Uffici del Vicario, 21
00186 Rom
Telefon: +39 06 6760 4479
Telefax +39 06 6760 6918

E-mail: gebhard_r@camera.it
Internet: www.renategebhard.info

Um den Newsletter abzubestellen, benachrichtigen Sie uns bitte einfach per [E-Mail](#).